Archiv
-4. JUNI 1963

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/104 Bonn, den 4. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Angelo G. Roncalli, Papst Johannes XXIII. Zum Tode des großen Vaters und Lehrers Von Peter Nellen, MdB	46
2 - 3a	Für den sozialen Rechtsstaat Der Parteitag der Französischen Sozialisten Von G. Markscheffel	146
4	Droht ein Handelskrieg? Die USA und die EWG	47
5 - 7	Sind Flüchtlinge und Vertriebene wirtschaftlich eingegliedert? Fehler der Vergangenheit Von Fritz Corterier, MdB	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 18 31 / 32) • Telex: 8 886 890

Angelo G. Roncalli, Papst Johannes XXIII. †

Zum Tode des großen Vaters und Lehrers
Von Peter Nellen, MdB

Die Welt trauert um Angelo G. Roncalli, Papst Johannes XXIII., dessen Tod die Menschheit mit Erschütterung zur Kenntnis genommen hat. Wir sind unsicher, ob wir ihn, den Vater seiner Kirche oder den uneingeschränkt verehrten, den ältesten Bruder in der Menschheitsfamilie nennen sollen, um seine einzigartige Persönlichkeit zu charakterisieren und ihm für seine Sorge und Arbeit zu danken.

Am 28. November 1881, als Sohn einer armen, kinderreichen Landarbeiterfamilie geboren, haben ihn hohe Begabung, ungewöhnliche Arbeitskraft, große Klugheit über alle Stationen des priesterlich-seelsorgerischen Wirkens und der curialen Diplomatie, am 28. Oktober 1958 an die Spitze der katholischen Weltkirche geführt. Eine gründliche, äusserst wirklichkeitsnahe Erfahrung der komplizierten Verhältnisse in Kirche und Welt unserer Zeit ist ihm dabei zugewachsen.

Die Not und Gefährdung unserer Welt hat ihn nie verzweifeln lassen, sondern seinen nüchternen Geist angespannt und bewegt und sein warmes Herz entzündet. Er hat sie als Erprobung und Berufung angenommen. Aus einem tiefen Glauben, aber auch aus einem unvergleichlichen vertrauenden Optimismus auf eine Menschheit guten Willens, nahm er die Kraft, den Willen Gottes in den Aufgaben der Zeit zu erkennen. Weit öffnete er ihnen die ehrwürdigen Tore seiner Weltkirche. Als geschichtlich gebildeter Mann, diszipliniert in der Verwaltung anspruchsvoller Ämter, achtete er zwar die Tradition, ließ sie aber niemals zu einer Fessel der Beharrung und des unfruchtbaren, unentschiedenen Abwartens werden. Mit sanfter, unwiderstehlicher Gewalt meldete er das Recht der "schöpferischen Utopie", des Wurfes in die Zukunft, die ihm wirklich mit dem Heute begonnen hatte, an.

Dadurch inspirierte, lenkte und gestaltete er unsere Gegenwart mit. Er wagte es, das Weltkonzil der katholischen Kirche unserer Zeit einzuberufen: Kirche und Christentum sollen sich als leuchtend, anziehend und hilfreich für die Menschheit erweisen. Ein Christentum, das der Menschheitsfamilie nicht zu raten und zu helfen weiß, würde nach seiner Überzeugung den allein geltenden Beweis seiner Kraft, ja seiner Existenzberechtigung schuldig bleiben. Daraus gewann er selbst die Fähigkeit zum Vater und Lehrer.

In seinen großen Lehrschreiben, über die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit, bot er Grundsätze und zeigte Wege, die dem gesunden Menschensinn in Sorgen und Hoffnungen unserer Zeit verständlich sind: Offen, klar, weitherzig, aber auch drängend und mahnend.

Daraus gewann er auch die Kraft, inmitten aller Nöte, ja selbst der atomaren Gefährdungen, Grundsätze auszusprechen, Methoden zu entwickeln, die es vielleicht bewirken werden oder wenigstens können, daß der Friede unserer Welt erhalten bleibt.

Angelo G. Roncalli, Johannes XXIII., stand wie selten einer menschlich in unserer Mitte. Sein hohes Amt hat ihn uns nicht entfremdet. Seine Sorge und seine Bereitschaft, sein Dienen in wahrer Liebe hat ihn uns allen verehrungswürdig gemacht.

\+ + +

Für den sozialen Rechtsstaat

Der Parteitag der Französischen Sozialisten

Von G. Markscheffel

Der 54. Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO), der am vergangenen Wochenende in Issy-les Moulineaux, einem Vorort von Paris, stattgefunden hat, dürfte manche Hoffnung der Kommunisten, Gaullisten und der bürgerlichen Mitte zerstört haben. Schon Wochen vorher hatte eine in Frankreich und anderen Ländern auffallend gut orchestrierte Presse den sogenannten Linksruck, die "Allianz von Kommunisten und Sozialisten", die Spaltung der SFIO oder gar ihre Selbstaufgabe vorausgesagt.

Keine "Einheitsfront" mit der KP

K e i n e dieser Voraussagen hat sich erfüllt. Deutlicher als es jetzt geschehen ist, konnte die SFIO ihren Unterschied zur KP nicht betonen. Die SFIO ist und bleibt d i e Partei des demokratischen Sozialismus, sie modernisiert sich, strafft ihre Organisation und fordert alle politischen Gruppen und Wähler, die sich Sozialisten nennen oder den sozialen Rechtsstaat wollen, auf, ihren Gruppenegoismus zu überwinden und sich zu einer großen politischen Gemeinschaft zusammenzuschliessen.

Wenn in besonderen Situationen, z.B. bei der Abwehr totalitärer Angriffe auf die Substanz des demokratischen Staates, oder bei sozialen Auseinandersetzungen das Zusammenstehen der fortschrittlichen Kräfte eine Notwendigkeit ist, wird sich die SFIO und die ihr nahestehenden Organisationen die Führungsrolle bei der Verteidigung der Republik nicht aus der Hand nehmen lassen.

Diese Grundsätze vertrat Generalsekretär Guy M o l l e t in einem stark beachteten Referat, das den einstimmigen Beifall des Parteitages fand. Mollet zerstörte damit einige kunstvoll in die Welt gesetzte Legenden von der "KP-anfälligen SFIO". Weit davon entfernt, die Tatsache zu leugnen, daß die französischen Kommunisten mit ihren 21,3 Prozent Wählerstimmen einen beachtlichen Faktor im Leben der Nation darstellen, wiesen Mollet und alle Diskussionsredner jede Art von "Verschmelzungen oder Verbrüderungen" zurück, "weil" - wie Mollet sagte - "die französischen Kommunisten politische Ziele verfolgen, die denen des demokratischen Sozialismus diametral entgegengesetzt sind."

"Dialog" ja - aber öffentlich !

Wenn die Kommunisten einen "Dialog" wollten, so könnten sie ihn haben, fuhr Mollet fort. Dieser "Dialog" müsse aber ö f f e n t l i c h sein, "damit alle Welt nicht nur den fundamentalen Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialisten erkennen, sondern auch prüfen kann, ob und in welcher Weise sich die Kommunisten zu ändern gedenken; ob sie geblieben sind, was sie seit jeher waren, die getreuen Vollstrecker von Ideen und Anweisungen einer außerhalb Frankreichs agierenden Zentrale, oder ob sie tatsächlich, wie sie behaupten, Wandlungen in ihren Grundauffassungen von Politik, Organisation, Taktik und Zielsetzung vollzogen haben."

Natürlich, so stellte Mollet fest, könne man niemandem und auch den Kommunisten nicht verwehren, ihre Anhänger zur Stimmabgabe für einen Kandidaten der demokratischen Linken oder Mitte aufzufordern, um die Wahl

- 3 -

eines reaktionären Kandidaten zu verhindern. Eine "Absprache auf Gegenseitigkeit oder einen Pakt mit Aufgabe der eigenen politischen Handlungsfähigkeit" lehnte Mollet ab. - Der Parteitag folgte dem Generalsekretär in einer einstimmig angenommenen Resolution auf diesem Wege.

Sammlung der demokratischen Linken

Das Verhältnis der SFIO zu anderen politischen Gruppen läßt sich auf Grund der getroffenen Parteitagsentscheidungen wie folgt umreißen: Die SFIO wird nach wie vor die parlamentarische und außenparlamentarische Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien und Organisationen anstreben, die sich über ihre Gruppeninteressen hinweg entschlossen zeigen, Frankreich zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat auszubauen.

Um das "große Gespräch" mit allen jenen intensiver als bisher fortsetzen zu können, die den sozialen Rechtsstaat anstreben, wird die SFIO gewissenhafte Analysen der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Situation Frankreichs zur Grundlage der aktuellen politischen Entscheidungen machen, sie wird ihre Struktur modernisieren und auch versuchen, ihre Sprache wirklichkeitsnäher zu gestalten. Allerdings - das kam in zahlreichen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck - sollen hierbei nicht die guten Traditionen des demokratischen Sozialismus vernachlässigt werden, die in den Werken von großen Männern der Geschichte des Frankreichs, wie Jean Jaurès und Léon Blum, ihren Ausdruck gefunden haben.

Der deutsch-französische Vertrag

Natürlich spielten auf diesem Parteitag auch die Fragen der aktuellen Innen- und Außenpolitik eine große Rolle. Mit äußerster Schärfe warfen Mollet und alle Diskussionsredner de Gaulle vor, er verletze ständig die Verfassung, und habe das Informationswesen, vor allem Rundfunk und Fernsehen, völlig in den Dienst der Regierungspropaganda gestellt. Trotz ständig steigender Produktion werden die Lebenshaltungskosten immer teurer, während die Industrie- und Spekulationsgewinne unvorstellbare Ausmaße erreicht hätten.

Die Außenpolitik de Gaulles wurde als "rückständig, die notwendige Einheit Europas und die Atlantische Gemeinschaft zerstörend" bezeichnet. In diesem Zusammenhang verdient die Entschließung des Parteitages zum deutsch-französischen Vertrag besonderes Interesse. Die SFIO empfiehlt ihren Abgeordneten in der Nationalversammlung, gegen den Vertrag zu stimmen, weil dieser "auf einem überholten Konzept beruht, die europäische Einheit und den Zusammenhalt der Sechs stört".

Anerkennung für die SPD

Mit Verständnis wird in einer entsprechenden Resolution die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gewürdigt, die durch ihr hartnäckiges Intervenieren bei der Regierung Adenauer erreicht habe, daß in einer Präambel zum Vertragswerk Geist und Zielsetzung des Vertrages im Sinne der europäischen Integrationspolitik und der Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft eindeutig festgelegt wird. Die SFIO bedauert, daß sie auf Grund der augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse in der französischen Nationalversammlung keine Möglichkeit sieht, das gleiche zu erreichen wie die SPD.

Die Bilanz

Will man die Bilanz dieses Parteitages ziehen, so drängt sich zunächst die Feststellung auf, daß die Kluft zwischen den französischen Sozialisten und den Gaullisten noch tiefer geworden ist. Mollet ging in

- 3a -

seinem Referat einmal so weit zu erklären, er müsse offen bekennen, daß er von de Gaulle getäuscht worden sei. Weiter sagte der Generalsekretär, Frankreich sei keine Demokratie mehr und n o c h kein faschistischer Staat. Aber die Entwicklung drönge über die bewußte gewollt Entpolitisierung der Massen und der Entmachtung des Parlaments zu einer Staatsform, die nichts mehr mit Demokratie zu tun habe. Die in der Vierten Republik mit der SFIO in Koalitionen verbundenen bürgerlichen Gruppen der Mitte haben - wie der Parteitag einmütig feststellte - an Bedeutung verloren. Bündnisse mit ihnen sind daher sehr problematisch, was dazu führt, daß sich die SFIO weniger von einem Dialog mit den Gruppen, mehr dagegen von einer Zusammenarbeit mit einzelnen Persönlichkeiten der bürgerlichen Mitte verspricht. Andererseits ist die SFIO jedoch jetzt entschlossen, ihre Tore allen denen weit zu öffnen, die 1958 die Partei verlassen haben und unter Führung des früheren Innenministers Depreux eine "Vereinigte Sozialistische Partei" (PSU) gegründet hatten, die heute kaum noch Bedeutung in der französischen Innenpolitik hat.

Ein anderes Problem sind die parteipolitisch nicht organisierten, aber in den Gewerkschaften sehr aktiven Arbeiter. Man weiß sehr wohl in Frankreich, daß in der stärksten von den Kommunisten gelenkten Gewerkschaft CGT zahlreiche Arbeiter sind, die eine von der Kommunisten unabhängige Gewerkschaftsbewegung anstreben und eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung unter parteipolitisch neutraler Führung wünschen. Ähnliches trifft auch auf viele in den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu, noch mehr aber auf jene Arbeitnehmer, die in den reinen Berufsverbänden organisiert sind. Hier glaubt die SFIO, ein natürliches Reservoir für ihre zukünftigen politischen Aktionen im Sinne der Gestaltung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates finden zu können.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat schon in ihren ersten Kommentaren zum 54. Parteitag der SFIO zu verstehen gegeben, daß sie weiterhin bemüht bleiben wird, die Vereinigung der demokratisch-sozialistischen Linken in Frankreich durch erhöhte Aktivität ihrer eigenen Parteikader zu v e r h i n d e r n. Die Absage des SFIO-Kongresses an alle sogenannten Einheitsaktionen mit den Kommunisten scheint auf die KP-Zentrale in Paris wie eine kalte Dusche gewirkt zu haben. Das schließt jedoch nicht aus, daß die französischen Kommunisten fortfahren werden, sich den Anschein zu geben, als wollten sie den Stalinismus endgültig überwinden, um sich aus der bisherigen Isolierung lösen zu können. Im Bewußtsein dieser von den Kommunisten zu erwartenden Taktik hat die SFIO auf ihrem letzten Parteitag auch in ihrem Grundsatzprogramm vermieden, die in der französischen Arbeiterschaft stark verwurzelten Sozialisierungs-Ideen zu verwässern. Sie fürchtet ohne Zweifel, daß sie durch Aufgabe oder Modifizierung von traditionellen Zielen der französischen Arbeiterbewegung den Kommunisten eine Chance geben würde, den Prozeß der Abwanderung parteipolitisch nicht gebundener Arbeiter zum demokratischen Sozialismus zu verhindern. Insofern steht die SFIO vor einem sehr schwierigen Problem, dessen Bedeutung erst dann richtig erkannt wird, wenn man sich bewußt ist, daß die Partei auch jene Schichten ansprechen will, die heute noch im bürgerlichen Lager stehen, aber den demokratischen und sozialen Rechtsstaat befürworten.

Die Festigung der SFIO im Sinne der ihr gestellten historischen Aufgabe wird voraussichtlich von der Klarheit entscheidend beeinflußt werden, mit der sie die ihr eigenen Vorstellungen von einer modernen und gerechten Gesellschaftsordnung entwickelt. Hierbei ist auch zu beachten, daß sogar bei den "Gaullisten" linksgerichtete Elemente stehen, die ihre politische Heimat noch nicht endgültig gefunden haben und im Augenblick durch die Persönlichkeit des Staatspräsidenten bei der gaullistischen Bewegung gehalten werden.

Aus allen diesen Gründen nimmt die SFIO zur Zeit eine bedeutsame Schlüsselstellung in der französischen Innenpolitik ein, die größer ist, als es sich durch Zahlen zum Ausdruck bringen läßt.

\+ + +

Droht ein Handelskrieg?

Die USA und die EWG

Die Europapolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) tritt auf der Stelle. De Gaulles Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG, erstmals ausgesprochen am 14. Januar dieses Jahres, beherrscht die europäische Szene, verurteilt die EWG zur Lähmung, nimmt ihr den befeuernden Schwung zukunftsweisender Visionen. Alles so reichlich gespendete und wohl auch verdiente Lob für Bundesaußenminister Schröder und den designierten Bundeswirtschaftsminister Erhard für ihre offene Haltung in Brüssel und auf der letzten GATT-Konferenz in Genf vermag die Tatsache nicht zu verhüllen, daß die Dinge in Brüssel nicht weiterkommen und Pessimismus gerechtfertigt erscheint.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft soll nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten ist, eine weltoffene, zur Mitarbeit mit allen Staaten bereite Gemeinschaft sein. Hat der Ministerrat der EWG-Länder nicht gegen Geist und Inhalt der römischen Verträge gesündigt, als er auf seiner letzten Tagung sich nicht einigen konnte über die Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen der EWG und Großbritannien? Sie scheiterte am harten Nein des französischen Außenministers, und es ist nicht zu erkennen, ob und wann eine Sinnesänderung eintreten wird. De Gaulle zeigt sich unnachgiebig; er will Großbritannien eben nicht dabei haben, oder nur unter Bedingungen, die für dieses Land nicht zu akzeptieren sind; er geht sogar so weit, alles in Frage zu stellen, was bisher an europäischem Zusammenhalt besteht. Schwebt de Gaulle eine autarke, sich anderen Ländern verschließende EWG vor?

Die Entscheidung der Agrarminister, die Einfuhrabgaben für Hühnchen aus den Vereinigten Staaten trotz der gegenteiligen Empfehlung der EWG-Kommission zu erhöhen, bestätigt solchen Verdacht. Sie kann nicht ohne unerfreuliche Auswirkungen für das Verhältnis zwischen der EWG und der Vereinigten Staaten bleiben. Sie belastet die im nächsten Jahr zu erfolgende Kennedy-Runde. Der amerikanische Präsident hat unter großen Schwierigkeiten im Kongreß die Herabsetzung der Zölle als erste Stufe der zu erstrebenden Partnerschaft durchgesetzt. Statt Herabsetzung hat der Ministerrat nun eine Erhöhung beschlossen und damit amerikanische Empfindlichkeiten und Interessen herausgefordert. Schon werden in den USA gewichtige Stimmen laut, diesen törichten und von kurzsichtigem Eigennutz diktierten Beschluß des Ministerrates mit einer Erhöhung der Zölle für bestimmte europäische Waren zu beantworten. Das wäre die Eröffnung eines Handelskrieges mit noch unübersehbaren Folgen.

Die Politik der offenen Partnerschaft kann keine Einspurbahn sein, sie erfordert Großzügigkeit und Weitblick auch von der anderen Seite. Sollte diese Einsicht beim Ministerrat der EWG nicht Platz greifen, Frankreichs Widerstand nicht zu überwinden sein, dann ist es wohl schlecht um den künftigen Weg Europas bestellt. Die Sowjetunion wird dies mit Genugtuung registrieren.

+ + +

Sind Flüchtlinge und Vertriebene wirtschaftlich eingegliedert ?

Fehler der Vergangenheit

Von Fritz Corterier, MdB

Nachdem seit der Vertreibung und Flucht der größten Zahl der Flüchtlinge immerhin über anderthalb Jahrzehnte vergangen sind, drängt sich die Frage auf, ob die Bemühungen der Eingliederung einen vollen oder nur teilweisen Erfolg hatten. Angesichts der Zahl von 9,5 Millionen amtlich anerkannten Heimatvertriebenen und 700.000 Flüchtlingen bekommt die Frage ihr entsprechendes Gewicht.

War die Eingliederung erfolgreich ?

Zur Eingliederung war die Erfüllung der verschiedensten Voraussetzungen erforderlich: die Eingliederung der Menschen im neuen, wenn auch ihnen verbundenen Land, die Unterbringung und - was hier von besonderem Interesse ist - die Eingliederung in den Wirtschaftsprozeß. Um die wirtschaftliche Eingliederung zu ermöglichen, waren gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, die nicht immer mit der notwendigen Beschleunigung und der erforderlichen Großzügigkeit vorangetrieben wurden. Heute liegt das im Jahre 1952 verabschiedete Lastenausgleichsgesetz mit 16 Novellen, von denen die 14. eine der wesentlichsten war, vor, ein Beweis für die ständig erforderliche Ergänzung des einmal geschaffenen Gerippes.

Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Eingliederung

Zunächst ist der Ausgangspunkt einer bewußten wirtschaftlichen Eingliederungspolitik festzuhalten:

Im Jahre 1949 waren 36,3 Prozent aller Arbeitslosen Flüchtlinge, und das vordringlichste Ziel war, den Anteil der vertriebenen Bevölkerung dem Durchschnitt des Bundesgebietes anzugleichen. Erst 1959 konnte das Gleichgewicht mit Ausnahme bei den saisonempfindlichen Berufen hergestellt werden. Zwei Programme:

a) Umsiedlung aus den mehr agrarischen Ländern in die arbeitspotentiellen Gebiete und

b) regionale Förderungsprogramme, d.h., die Arbeit mußte zum Menschen kommen

hatten das Ergebnis wesentlich zustande gebracht.

Die Eingliederung der Selbständigen

Wie viele Flüchtlinge und Vertriebene konnten aber als selbständig Tätige eingegliedert werden?

Eine Erhebung des Bundesministeriums für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte aus dem Jahre 1954/1955 wies nach, daß in der alten Heimat 33,3 Prozent der Vertriebenen wirtschaftlich selbständig oder als helfendes Familienmitglied tätig waren, im Erhebungszeitraum waren es aber nur 7,6 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Nach der Handwerksrolle waren Ende 1956 im Bundesgebiet 820.000 selbständige Handwerkerbetriebe eingetragen, davon waren aber nur 62.000 Vertriebene und Zugewanderte (= 7,5 Prozent) bei einem Gesamtanteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung von 23 Prozent. In seiner neuesten Erhebung stellte das Bundesvertriebenenministerium bei 767.551 Inhabern von Handwerksbetrieben nur 66.141 (= knapp 9 Prozent) Flüchtlings- und Vertriebenenbetriebe fest. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 24,6 Prozent. Immerhin haben die Flüchtlinge in den letzten 12 Jahren ihre Position im Handwerk verbessert, während die alteingesessenen Handwerksbetriebe rückläufig waren. Wahrscheinlich waren zu Anfang der Aufbauzeit doch die Voraussetzungen zu einer selbständigen Niederlassung noch nicht gegeben. Eine fachliche Umstellung war oft nicht schnell zu schaffen, das aufnahmefähige Arbeitsgebiet mußte gefunden werden, und schließlich waren oft die zur Finanzierung zur Verfügung gestellten Mittel zu knapp. Immerhin kann festgestellt werden, daß es durch Beharrlichkeit und Ausdauer auch gelungen ist, neue Handwerkszweige erfolgreich heimisch zu machen, während es einigen Handwerkszweigen kaum gelungen ist, Fuß zu fassen.

Wie sieht nun die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen in anderen selbständigen Berufen aus ?

Zu wenig Eigenkapital

1950 gab es 27.192 Vertriebenenunternehmungen des Einzel- und 7.32' des Großhandels in der Bundesrepublik. 6,3 Prozent aller ähnlichen Betriebe waren es 1950 und 1954 = 6,8 Prozent und lagen weit unter dem entsprechenden Bevölkerungsanteil. Das Absatzvolumen dieser Betriebe dürfte in den Jahren 1954/1955 schätzungsweise nur 30 - 40 Prozent des Kaufvolumens der Vertriebenen ausgemacht haben.

Bei den Industriebetrieben sieht es so aus, daß nur jeder 8. Industriebetrieb in der Bundesrepublik ein Vertriebenen- oder Flüchtlingsbetrieb ist, während die Vertriebenen ein Viertel der Bevölkerung ausmachen.

In der Zeit von 1960 bis 1961 konnten die Betriebe der Vertriebenen ihren Umsatz und die Zahl der bei ihnen Beschäftigten stärker steigern als die bundesdeutsche Gesamtindustrie. Interessant ist bei der Gruppe der Industriebetriebe, daß die Flüchtlinge einen im Verhältnis höheren Anteil an allen Industrieunternehmen haben als die Vertriebenen. Rund 4.600 Flüchtlingsbetriebe beschäftigen mehr Menschen und erzielen einen höheren Umsatz als die 6.800 Vertriebenenbetriebe. Ein Eigenkapital von durchschnittlich 20 Prozent und 50 Prozent kurzfristige Verschuldung sind für den weiteren Ausbau der Flüchtlinge- und Vertriebenenindustrie und der Krisenfestigkeit dieser Betriebe schlechte Wegbereiter.

Finanzielle Leistungen der öffentlichen Hand

Was wurde nun finanziell geleistet seitens des Bundes und der Länder und Gemeinden, um den Flüchtlingen und Vertriebenen eine Starthilfe zur Gründung einer selbständigen Existenz zu geben ?

- 7 -

Die im Rahmen des Gesetzes geleisteten finanziellen Hilfen sind jetzt in einem Beitrag des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zusammengefaßt. Die Aussagekraft dieser Zahlen ist beschränkt, da sie keine Auskunft darüber geben können, ob z.B. immer am richtigen Platz und zum richtigen Zweck die Mittel gegeben sind, ob die Gelder ausreichend waren oder infolge falschen Einsatzes verlorengingen. Trotzdem müssen sie, um einen Überblick zu gewinnen, herangezogen werden.

Nach dem Bericht des Bundesministers für Vertriebene wurden in den Jahren 1949 bis 1960 2,1 Milliarden DM Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft gegeben, die absolut zweckgebunden waren.

Von den 6,8 Milliarden DM Entschädigungszahlungen des Lastenausgleichs dürfte auch ein wesentlicher Anteil zum Aufbau verwendet worden sein. Die Landwirtschaft erhielt 3,7 Milliarden DM Eingliederungsdarlehen. Die übrigen Zuwendungen mit 7 Milliarden DM Kriegsschadenrenten und 5 Milliarden DM Fremdrenten dürften kaum der gewerblichen Wirtschaft zugute gekommen sein. Weitere 16,5 Milliarden DM Leistungen gingen nicht unmittelbar an Flüchtlinge und Vertriebene, sondern wurden zur Finanzierung von Wohnungen, Arbeitsplatzdarlehen, Lagerunterhaltung, Transporte usw. gegeben.

In den letzten Jahren wurden nach § 13 BVFG bis zum 30. Juni 1962 für 17.000 Vertriebene und 2.600 Sowjetzonenflüchtlinge die Betreuung eingestellt, d.h., alle Sonderrechte sind erloschen, weil sie als eingegliedert zu betrachten sind.

Volle Eingliederung nur teilweise erreicht

Für etwa 17 Prozent aller Industrieunternehmungen von Flüchtlingen und Vertriebenen wurde dadurch die volle Eingliederung festgestellt. Wird für die übrigen noch eine volle Eingliederung zu erwarten sein? Eine Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen im gleichen Verhältnis der Bevölkerungszahl von Alt- und Neubürgern ins wirtschaftliche Leben dürfte kaum mehr zu erhoffen sein. Die Gründe der unzureichenden Eingliederung alle festzuhalten, dürfte hier zu weit führen. Es muß daher um jeden Preis versucht werden, Fehler der Vergangenheit insoweit zu beseitigen, als die bestehenden, aber noch nicht als voll eingegliedert geltenden Betriebe so intensiv unterstützt werden, daß sie auch in der Lage sind, in einer gemäßigteren Konjunktur ihr volkswirtschaftlich bedeutendes Volumen zu erhalten und zu festigen.

\+ \+ \+